



**Protokoll der 5. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 18. November 2015, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel

Namensaufruf: 38 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderätinnen Sandra Kern, Monika Landert

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretärin: Heidi Arnold

Traktanden

- 28 Mitteilungen
- 29 Interpellation betreffend "Solarstrom für die Erzeugung von Wasserstoff und Methangas" von den Gemeinderäten Michael Hefti und Stefan Geiges
ev. Diskussion
- 30 Fragestunde

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich heisse Sie ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Man kann nicht nur früh fertig werden, man muss auch bei Zeiten anfangen.

Ich weise Sie nochmals darauf hin, dass das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Je suis Paris. Liberté, Egalité, Fraternité.

Im Artikel 1 der Bürgerrechte vom August 1789 heisst es wie folgt: Die Menschen sind frei und gleich an Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander in Brüderlichkeit begegnen. Bewahren wir uns auch die Humanité, das Mensch sein wollen und das Mensch sein bleiben. Paris ist überall. Ich bitte Sie, sich zu erheben und mit mir den Opfern des Anschlags in Paris mit einer Schweigeminute zu gedenken.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Ratspräsidentin fest, dass 38 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Das absolute Mehr beträgt 20.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 rechtzeitig zugestellt. Die Ratspräsidentin stellt die Tagesordnung zur Diskussion. Die Diskussion wird nicht gewünscht, somit gilt die Traktandenliste stillschweigend als genehmigt.

28

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:

1. Im Frauenfelder Extranet wurde die einfache Anfrage von Gemeinderat Jörg Schläpfer und Philipp Geuggis betreffend "Eigenkapital der Stadt Frauenfeld" mit Stadtratsbeschluss Nr. 255 am 3. November 2015 beantwortet.
2. Die einfache Anfrage "Projekt regionaler Radweg, Stand der Arbeiten" von Gemeinderat Christoph Keller wurde mit Stadtratsbeschluss Nr. 268 vom 10. November 2015 behandelt.
3. Die einfache Anfrage von Gemeinderat Thomas Gemperle bezüglich "Velostation Frauenfeld" wurde mit Stadtratsbeschluss Nr. 269 am 10. November beantwortet.
4. Frauenfeld hat sich von der sportlichen Seite gezeigt. Unser Stadtpräsident Anders Stokholm hat den Halbmarathon im Militärwettmarsch in respektabler Zeit gemeistert. Bravo!
5. Es ist eine einfache Anfrage von Gemeinderat Peter Wildberger eingereicht worden mit dem Titel "Einbau Wasserrad im Murg-Auen-Park".

INTERPELLATION BETREFFEND SOLARSTROM FÜR DIE ERZEUGUNG VON WASSERSTOFF UND METHANGAS DER GEMEINDERÄTE MICHAEL HEFTI UND STEFAN GEIGES

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Diese Interpellation, welche am 20. April 2015 eingereicht wurde, wurde am 18. August 2015 mit Stadtratsbeschluss Nr. 194 beantwortet. Das Wort wird den Interpellanten für eine kurze Stellungnahme erteilt.

Gemeinderat Michael Hefti, Referent im Namen der Interpellanten: Der Stadtrat hat unsere Interpellation vom 22. April 2015 beantwortet. Wir danken dem Stadtrat für die Stellungnahme. Im Namen der Interpellanten Stefan Geiges und mir nehme ich zu dieser Antwort wie folgt Stellung:

Der Stadtrat begrüsst eine allfällige Zusammenarbeit mit einer Hochschule, ist aber gegenüber der Umwandlung von Elektrizität in Methan oder Wasserstoff zurückhaltend skeptisch, da

1. die Effizienz und die Kosten des Verfahrens zumindest im Moment nicht optimal seien;
2. Stadt und Kanton es vorziehen, das Netz mit Smart Metern auszurüsten und stetig auszubauen.

Fazit: Der Stadtrat will wenig bis gar nichts in diese zukunftsgerichtete Technik investieren. Er will höchstens eine Studie erstellen lassen, welche die Möglichkeiten des Verfahrens beleuchtet. Dies ist unserer Ansicht nach zu zaghaft und nicht in die Zukunft gerichtet. Wir Interpellanten sind ganz anderer Meinung und halten an unserem Anliegen fest. Schon seit über 50 Jahren wird in Pumpspeicherkraftwerken überschüssiger Strom gespeichert. Die Schwankungen der Stromlieferungen werden immer grösser, unter anderem durch erneuerbare Energien. Es braucht für die kommenden Jahre gute Möglichkeiten, diese Schwankungen aufzufangen. Die Förderung der erneuerbaren Energien ist ein Kernthema für die Zukunft und Teil der Legislatur-schwerpunkte des Stadtrats. Zu dieser Förderung gehört aber auch der Ausbau und die Förderung der Speichermöglichkeiten für diesen erzeugten Strom. Gerne begründe ich detailliert unsere Argumente und beantrage aus diesem Grund im Namen meines Mitinterpellanten die Diskussion.

Abstimmung: Die Diskussion wird gemäss Art. 44 Abs. 3 des Geschäftsreglements gewünscht.

Gemeinderat Michael Hefti, Referent im Namen der Interpellanten: Im Namen der Interpellanten bedanke ich mich für die Diskussion. Wir wollen den Anteil der Solar- und Windenergie an unserem Strommix erhöhen. Wir wollen, dass genau diese Erhöhung auch langfristig und nachhaltig Sinn macht. Und wir wollen nicht in wenigen Jahren merken müssen, dass unser Stromnetz eben überlastet ist. Ich möchte kurz die Möglichkeiten der Energiespeicherung für Elektrizität aufzeigen, welche es im Moment gibt, um Strom für länger als einige Sekunden zu speichern.

1. Altbekannte Pumpspeicherkraftwerke: Natürlich werden in einigen Tälern diese aufgestockt oder sogar neue errichtet, aber die Möglichkeiten sind eigentlich erschöpft.

2. Speicherung in Akkus: Für grössere Strommengen kommen die Lithium-Eisenphosphat-Akkus infrage. Diese allerdings sind, auch wenn bereits jetzt in aller Munde, auch noch im Entwicklungsstadium.
3. Produktion von Wasserstoff oder Methan zur Speicherung von Elektrizität.

Die Speicherung von Methan ist die einzige der aufgezählten Methoden, welche Elektrizität sinnvoll über Wochen speichern kann. Um den überschüssigen Strom der AKWs in den Siebziger- und Achtzigerjahren zu verwerten, wurden Elektroheizungen gefördert und Milliarden in das Stromnetz investiert. Immer mit dem Ziel, die Versorgung zentral zu gewährleisten. Im Moment stehen wir vor einem ähnlichen Problem. Wohin mit dem Ökostrom, welcher je länger je mehr zu Spitzenzeiten entsteht und erst Stunden später genutzt werden kann?

In der Stellungnahme zu unserer Interpellation erwähnt der Stadtrat den Ausbau des Netzes und den Einbau von Smart Metern. Und hier fühlen wir uns zurückversetzt in die Siebziger- und Achtzigerjahre. Wiederum wird auf eine zentrale Versorgung gesetzt, statt dezentrale Speichermöglichkeiten zu prüfen. Der Ausbau des Netzes wird in Zukunft grosse Mengen verschlingen. Wir Interpellanten sind aber klar der Meinung, dass die Möglichkeiten, welche Akkus und die Umwandlung in Methan oder Wasserstoff, also Power to Gas, bieten, vorzuziehen sind. Denn das Erdgasnetz braucht auch mit einer erhöhten Einspeisung keinen Ausbau, sondern kann unkompliziert für die Einspeisung von ökostromerzeugtem Methan oder Wasserstoff genutzt werden.

Im Weiteren befinden wir uns in der jetzigen Diskussion in einer Huhn-Ei-Problematik. Einerseits soll die erneuerbare Stromerzeugung gefördert werden, andererseits schafft das Probleme mit der Speicherung. Da hörte ich auch schon in diesem Rat: "Wie sollen denn die Stromspitzen erzeugt durch Wind und Sonne aufgefangen werden?" Auf der anderen Seite nun diese nicht gerade mutige Antwort auf unsere Interpellation im Sinne von: "Das brauchen wir erst, wenn die Wind- und Sonnenenergie einen grösseren Anteil am Strommix hat." Es wäre schade, wenn wir in 20 oder 30 Jahren zurückblicken und dann sagen müssten: "Eigentlich hätten wir damals auf eine lokale und nicht auf eine zentrale Lösung bauen sollen. Dann wären wir jetzt parat für mehr Wind- und Sonnenenergie."

Gemeinderat Pascal Frey, Referent im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Ja, es gibt sie, eine Überkapazität. Aber diese ist nicht so gross, dass wir einen Wirkungsgrad von 30 bis 40 Prozent bei einer erneuten Verstromung des Gases in Kauf nehmen müssten. Auch wenn es verlockend tönt und das Verfahren bereits in mehreren Pilotanlagen praktiziert wird, ist es für Frauenfeld unserer Meinung nach nicht nötig. Weshalb?

Wir finden, dass diese bestehenden Pilotanlagen ihren Dienst ja bereits tun, um das Verfahren dereinst wirtschaftlich zu betreiben. Falls es überhaupt nötig wird und das Verfahren etabliert ist, sind wir gern bereit, Geld dafür in die Hand zu nehmen. Allerdings kann man kurz- und mittelfristig der Überkapazität besser begegnen. Die Förderung von Batteriespeichern und der Einbau der Smart Meter sind da wie beschrieben ein guter Weg, auch wenn das Potenzial der Smart Meter noch beinahe brachliegt. Ein weiterer Schritt wäre eine Spitzenabschaltung in den Solaranlagen, welcher die Netzstabilität garantiert. Die Werkbetriebe müssten unserer Meinung nach möglichst bald diesen Schritt machen. Es wird kaum einfach, Solaranlagenbesitzern beizubringen, dass man ihre Leistungsspitzen kappen wird. Aber im Vergleich mit dem Verlust von zwei Dritteln der Energie bei einer Umwandlung in Gas und einer anschliessenden Wiederverstromung sind die ca. zwei bis drei Prozent Verlust bei einer Kappung ohne Probleme zu recht-

fertigen. Wir sind grundsätzlich mit der Antwort des Stadtrats zufrieden und mehr oder weniger gleicher Meinung, aber möchten ihm den erwähnten Schritt auf die Pendenzenliste geben.

Gemeinderat Stefan Leuthold, Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Unser Dank geht an die Interpellanten für die Wahl dieses äusserst spannenden Themas und an den Stadtrat für seine etwas knappe, aber im Grundsatz korrekte und objektive Antwort.

Der Titel der Interpellation benennt zwar nur die Umwandlung von Solarstrom in Gas, selbstverständlich kann aber jede Form von erneuerbarer Energie in Wasserstoff und Methangas umgewandelt werden. Erstaunlicherweise stammt das Grundkonzept, mittels Windenergie elektrolytisch erzeugten Wasserstoff als Energieträger zu nutzen, aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Einen Aufschwung erhielt das Konzept vor wenigen Jahren, als sein Potenzial im Zusammenhang mit der Speicherung von unregelmässig anfallender Energie erkannt wurde. Am 30. Juni dieses Jahres wurde im solothurnischen Zuchwil das Hybridwerk Aarmatt eröffnet. Im Hybridwerk an der Schnittstelle vom Solothurner Strom-, Wasser-, Gas- und Fernwärmenetz kann mittels modernster Technologie überschüssiger Strom zum Beispiel in Gas umgewandelt werden. Die neu entstandene Energieform kann anschliessend vor Ort oder im Energienetz gespeichert oder zum geeigneten Zeitpunkt der Kundschaft abgegeben werden. Ein solches Hybridwerk leistet einen Beitrag zur Netzstabilisierung und hilft mit, vorübergehende Überkapazitäten an Strom aus Windkraft, Geothermie oder Sonnenenergie für einen späteren Zeitpunkt bereitzustellen.

Um die Energiewende voranzubringen und damit die Abkehr von fossilen und nuklearen hin zu erneuerbaren Energieträgern zu meistern, ist ein grosser zusätzlicher Bedarf an Stromspeichern nötig. Speicherseen und Pumpspeicherkraftwerke haben einen hohen Wirkungsgrad, können aber nur in beschränktem Mass zugebaut werden. Batteriespeicher sind teuer, verbrauchen wertvolle Ressourcen und müssen am Ende ihrer Lebensdauer aufwendig entsorgt werden. Druckluftspeicher oder Kondensatoren sind spannende, aber in der Anwendung beschränkte Lösungen. Eine weitere Alternative stellt darum das Konzept Power to Gas oder Power to Fuel dar. Hier wird Wasser durch Elektrolyse in seine Bestandteile Sauerstoff und Wasserstoff aufgespalten und kann danach mit Zumischung von CO² in speicherbares Gas umgewandelt werden. Mit diesem Gas können Fahrzeuge betrieben und Häuser beheizt oder es kann mittels Generatoren zurückverstromt werden. Mit so einer gut ausgebauten Gasinfrastruktur wäre diese Nutzung auch für den Grossraum Frauenfeld sehr interessant. Allerdings sind Stadt und Region Frauenfeld noch weit davon entfernt, mehr Strom zu produzieren, als verbraucht wird. Es könnte jedoch auch Energie vom Markt bezogen werden, welcher zu sonnen- und windreichen Zeiten sehr billig erhältlich ist. Die Technologie Power to Gas und Power to Fuel hat grosses Potenzial und ist ein vielversprechender Baustein für die Energiewende. Dies wurde von den Interpellanten richtig erkannt. Was Zuchwil im Kanton Solothurn kann, könnten wir auch in Frauenfeld auf die Beine stellen.

Die Fraktion CH/Grüne/GLP begrüsst deshalb die Idee einer engeren Zusammenarbeit der Stadt mit dem Institut für Energietechnik der Hochschule Rapperswil ausdrücklich und wünscht sich eine zeitnahe, vertiefte Prüfung der Nutzungsmöglichkeiten vor Ort ganz nach dem Motto: Der frühe Vogel fängt den Wurm.

Gemeinderat Jörg Schläpfer: Wir haben es mehrfach gehört: Power to Gas ist eine vielversprechende Technologie. Vielversprechend ist sie vor allem für den umweltschonenderen Antrieb von Autos. Es ist kaum wahrscheinlich, dass diese Innovation künftig in Frauenfeld für das Energienetz selbst eingesetzt wird. Eine solche Anwendung wäre in einem grösseren Verbund er-

folgversprechender. Dementsprechend ist es auch wenig passend, wenn die Stadt Frauenfeld selbst eine solche Power-to-Gas-Anlage betreiben würde. Wie die Interpellanten, fände auch ich es gut, wenn in Frauenfeld Arbeitsplätze in der Forschung und Entwicklung entstehen. Beispielsweise in der Zusammenarbeit mit Hochschulen. Aber für eine effektive Förderung von wissensintensiven Arbeitsplätzen in Frauenfeld sind andere Anstrengungen zielführender.

Gemeinderat Christoph Tschanen, Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Gern nehmen wir den ausführlichen Bericht des Stadtrats zur Kenntnis. Als Anregung für zukünftige Interpellanten denken wir, dass nur bei konkreten Absichten und angedachten konkreten Projekten eine solche Anfrage deponiert werden sollte. Die ausführliche Beantwortung in schriftlicher Form benötigt einen grossen Aufwand und ist mit Kosten und vor allem Zeitaufwand verbunden. Und sehr wahrscheinlich sind solche Projekte auf kantonaler und/oder Bundesebene zu lösen. Ohne konkrete Absichten kann der zuständige Stadtrat sicherlich auch direkt angefragt und die Auskunft in bilateraler Form erhalten werden.

Stadtrat Ruedi Huber: Das Meiste ist gesagt worden. Michael Hefti, ich wehre mich ein bisschen gegen den Begriff Zaghaftigkeit des Stadtrats. Wenn Sie gesagt hätten, Vernunft des Stadtrats, wäre ich eher dahintergestanden. Es ist wirklich das, was gesagt wurde. Was im Grossen vernünftig ist, ist vielleicht im Kleinen, in unserer kleinen Stadt nicht unbedingt die beste Stossrichtung, die wir haben. Der Nutzen ist unbestritten, aber wir dürfen nicht Frauenfeld vergleichen mit Norddeutschland, wo eben tatsächlich während längerer Zeit sehr viel Überschussstrom aus erneuerbaren Energien anfällt. Dort ist es auch richtig, dass man mit dieser Überschussenergie etwas macht und nicht einfach Gleise und Weichen heizt, wie es im Moment der Fall ist. Dort löst sich dann eben auch das Problem, dass der Überschussstrom zum Beispiel Richtung Schweiz oder Süddeutschland transportiert werden kann. Stromleitungen wollen die Deutschen nicht, aber bei Gasleitungen stehen genügend Kapazitäten zur Verfügung. Tatsächlich ist aber wirklich der Wirkungsgrad eben relativ schwach. Darum sollte dieses Verfahren wirklich nur dort eingesetzt werden, wo hohe Überschussmengen vorhanden sind.

Ich bin auch einmal in der Forschung gewesen. Ich weiss, wie viel Aufwand es braucht. Forschung ist eigentlich Weltsache oder gehört zumindest auf schweizerische und europäische Ebene. Das ist aufwendig. Es hat keinen Sinn, dass an hundert Orten das Gleiche geforscht wird. Das muss zusammengefasst werden, das läuft in unserem Land auch so. Aber Forschung ist keine zentrale Aufgabe unserer Stadt, so sehr ich an dieser Forschung interessiert wäre, es ist nämlich ein spannendes Thema, das wir hier haben. Sonst danke ich auch noch für die guten Rückmeldungen der Herren Pascal Frey, Stefan Leuthold, Jörg Schläpfer und Christoph Tschanen.

30

FRAGESTUNDE

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: "Ob ein Mensch klug ist, erkennt man an seinen Antworten. Ob ein Mensch weise ist, erkennt man an seinen Fragen." Sie sehen, wir kommen zum Haupttraktandum der heutigen Sitzung, der Fragestunde. Ein vielfältiger, bunter Strauss an Fragen wartet auf Ihre Beantwortung. Gemäss Art. 47 des Geschäftsreglements wurden 13 Fragen von zehn Gemeinderäten/-innen eingereicht. Wir gehen, wie das üblich ist, wie folgt vor: Das aufgerufene Ratsmitglied liest seine Frage am Rednerpult. Der zuständige Stadtrat

bzw. der Stadtpräsident wird diese beantworten. Danach steht es dem Fragestellenden gemäss Art. 47 Abs. 3 des Geschäftsreglements zu, nochmals eine kleine Ergänzungsfrage zu stellen. Die Frageliste liegt an Ihrem Platz auf. Somit weiss jeder, wann er an der Reihe ist, was zu einem zügigen Ablauf verhelfen soll. Ich bitte Sie, sich bereitzuhalten.

Gemeinderat Stefan Leuthold: In der Debatte über das Budget 2015 wurde der städtische Beitrag von jährlich 48'000 Franken an das Frauenfelder Info gestrichen. Immer wieder werde ich seither in meinem Umfeld darauf angesprochen und gefragt, wann denn nun eine ähnliche, jedoch inhaltlich und grafisch verbesserte Publikation erscheinen würde. Ich gebe daher diese Frage an den Stadtrat weiter, um mich nach dem Stand der Dinge zu erkundigen.

Stadtpräsident Anders Stokholm: Vielen Dank für die weise Frage. Ich versuche, sie klug zu beantworten. Es ist natürlich nicht ganz einfach, diesem Anspruch zu genügen. Wir haben uns aber auch eine Frage gestellt, als wir nämlich im Stadtrat überlegt haben, wie wir mit diesem Entscheid umgehen. Wir haben uns überlegt, was das Informationsbedürfnis der Bevölkerung ist. Wir haben festgestellt bzw. unsere Sicht ist die, dass wir gesehen haben, es braucht zeitnahe Informationen zu aktuellen Geschäften. Das wickeln wir über Medienmitteilungen ab. Es braucht vertiefte Informationen zu Sachgeschäften, die die Stadt bewegen. Das wickeln wir über die vier Mal im Jahr erscheinende Zeitung ab. Wir haben auch die Frage des Informationsbedürfnisses. Wir haben da zum einen die Homepage. Und dann die Frage: Braucht es noch weitergehende Informationen?

Aufgrund unserer Überlegungen sind wir zu verschiedenen Schlüssen gekommen, deshalb hole ich bei der Beantwortung ein bisschen aus.

Wir haben zum einen gesagt, die Frauenfelder Zeitung frauenfeld.ch kann man noch ausbauen. Und zwar in dem Sinn, dass man einen Hybrid macht, weil das Informationsbedürfnis vor allem der jüngeren Bevölkerung sich verstärkt über das Internet abwickelt und sie dort ihre Informationen holen. Ein sogenannter Hybrid heisst ja zum einen das gedruckte Exemplar, und zum anderen werden wir, weil wir ja, um diese Artikel zu schreiben immer wieder viel Material sammeln, dieses Material auf dem Internet als weiterer Hintergrund für Informationen zur Verfügung stellen.

Weiter haben wir die Überlegung gemacht und gefragt, was der Inhalt des Frauenfelder Bulletins war. Es war die Information über Kontakte, Öffnungszeiten, Fahrpläne, Verzeichnis von Sport- und Freizeitanlagen, Schulferienkalender, Vereinsverzeichnis und auch Veranstaltungskalender. Nun haben wir aber sehr viele Veranstaltungskalender verschiedener Art, vor allem auf der Homepage, aber auch in der Frauenfelderwoche, in der Thurgauer Zeitung und so weiter. Wir haben gesagt, die Veranstaltungskalender, die eine regelmässige, vielleicht zweimonatliche Erscheinungsweise erfordern, lassen wir auf der Seite und machen ein Frauenfeld kompakt, das einmal im Jahr herauskommt, jetzt im Dezember das erste Mal, das nicht mehr über die Stadt finanziert wird, sondern über Inserate, die geschaltet werden können.

Wir haben aber auch noch ein weiteres Informationsbedürfnis, nämlich dasjenige nach aussen, um Kunden, Neuzuzüger oder Firmen zu gewinnen, also eine Imagebroschüre. Auch diese werden wir neu aufsetzen. Nicht mehr zweijährlich, sondern vierjährlich. Auch diese finanziert sich über Inserate.

Gemeinderat Christoph Keller: Meine beiden Fragen zur Stimm- und Wahlbeteiligung lauten kurz und bündig: Wie schätzt der Stadtrat die Beteiligung der städtischen Bevölkerung an Abstimmungen und Wahlen ein? Wäre der Stadtrat allenfalls bereit, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um Vorschläge für eine messbare Steigerung der Stimm- und Wahlbeteiligung zu erreichen? Nach meiner Einschätzung läge hier ohne grossen finanziellen Aufwand einiges drin. Ein Effort in die Steigerung der Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen wäre eine nachhaltige Investition in das Zusammenleben in unserer Stadt. Ich jedenfalls wäre bedeutend stolzer, in einer Gemeinde zu wohnen, die sich schweizweit zu einer Spitzengruppe von Orten mit einer hohen Stimm- und Wahlbeteiligung zählt, als in einer babyfreundlichen Stadt zu sein.

Stadtpräsident Anders Stokholm: Gestatten Sie mir so einzuleiten, dass ich sage: Das eine tun, das andere nicht lassen. Die Babys liegen mir auch sehr am Herzen, aber natürlich die Stimmbeteiligung auch. Deshalb das eine tun, das andere nicht lassen.

Wir haben uns die Fragen natürlich zu Herzen genommen und mal hingeschaut. Wie ist die Stimmbeteiligung in Frauenfeld? Das ist sozusagen die Frage nach dem halbvollen oder halbblernen Glas. An den letzten National- und Ständeratswahlen war die Stimmbeteiligung in Frauenfeld 47 Prozent. Das war im kantonalen Schnitt an der oberen Grenze. Da waren wir also gegenüber Kreuzlingen mit 44 Prozent oder Amriswil mit 42 Prozent oder Arbon mit 38 Prozent unter den grossen Gemeinden Spitzenreiter.

Es gibt Studien, wie oft Schweizerinnen und Schweizer im Lauf eines Jahres an die Urne gehen. Diese Studien zeigen, dass drei Viertel der Schweizerinnen und Schweizer im Lauf des Jahres ihr Stimm- und Wahlrecht mindestens einmal ausüben, also nicht jedes Mal gehen, aber mindestens einmal im Jahr.

Ist dieses so einfach zu steigern? Es gibt Kantone, wo die Stimm- und Wahlbeteiligung höher ist. Ich selber habe in einem dieser Kantone gewohnt, nämlich im Kanton Schaffhausen. Dort sind es meistens zwei Drittel der Stimmberechtigten, die an eine Abstimmung gehen, und das mit dem einfachen Trick von drei Franken. Dort kostet es drei Franken, wenn man nicht geht. Offenbar leistet das, man kann es fast nicht glauben, einen Beitrag dazu, dass man regelmässig geht. Allerdings ist der administrative Aufwand, um diese drei Franken einzuziehen, nicht zu unterschätzen, um nicht zu sagen, das dürfte ins Geld gehen. Wir geben deshalb als Stadtrat zur Antwort, dass wir sagen, wir schätzen die Stimmbeteiligung in Frauenfeld als gut ein im Sinne des halbvollen Glases. Wir denken aber auch, dass es durchaus Möglichkeiten gäbe, um das anzuschauen, ob man es noch verbessern könnte, und schlagen vor, bevor wir eine Arbeitsgruppe einsetzen, dass Sie zusammen mit Ralph Limoncelli, der bei uns ja der Fachmann für Abstimmungen ist, einmal zusammensitzen und schauen, welche Möglichkeiten es aus Ihrer oder seiner oder unserer Sicht gibt. Dann kann man schauen, ob es Sinn macht, eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema einzusetzen.

Gemeinderat Peter Hausammann: Auf wie viele Millionen Franken schätzt der Stadtrat das Auftragsvolumen, das aus den Erträgen der Stadt inklusive Werke und AZP via Investitionen einerseits, via Sachaufwand andererseits, an die Wirtschaft zurückfliesst?

Stadtpräsident Anders Stokholm: Man ist natürlich immer versucht, am Anfang einer Beantwortung zu sagen: Das ist eine gute Frage. Es sind selbstverständlich alles gute Fragen, die wir erhalten haben, auch diese. Wir haben uns dann überlegt, ob es genügt, den Rückfluss der Gelder in die Wirtschaft nur über Sachaufwand und Investitionen anzuschauen. Unser Finanzexperte Reto Angern ist zur Auffassung gelangt, die wir teilen, dass man das ein bisschen weiter fas-

sen kann. Dass man also bei den Rückflüssen an die Wirtschaft den Ansatz über den primären Zahlungsempfänger nehmen kann. Das heisst, man nimmt den Bruttoumsatz und zieht davon gewisse Ausgaben ab, nämlich die Lohnkosten, die Sozialversicherungsbeiträge, Abschreibungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds, Entschädigungen an das Gemeinwesen, Beiträge an das Gemeinwesen und Beiträge an private Haushalte, das sind vor allem Sozialhilfeleistungen, durchlaufende Beiträge und interne Verrechnungen sowie die internen Umsätze. Bei den Investitionen würde man noch die Beiträge an die Pensionskassen wegnehmen. Wenn man das so anschaut, haben wir in der laufenden Rechnung 2014, die nehmen wir als Grundlage, einen Bruttoumsatz von 155 Mio. Franken und ziehen diese Beträge, die ich vorhin erwähnt habe, davon ab, dann gibt es Rückflüsse an die Wirtschaft von noch 87 Mio. Franken. Das sind also 56 Prozent des Bruttoumsatzes. Bei den Investitionen ist der Bruttoumsatz 25 Mio. Franken. Dort wären dann die Rückflüsse an die Wirtschaft 22 Mio. Franken, das ist in Prozenten ausgedrückt 88 Prozent. Oder übers Ganze gesehen 180 Mio. Franken Bruttoumsatz, Rückflüsse an die Wirtschaft 109 Mio. Franken, übers Ganze gesehen also 61 Prozent Rückflüsse an die Wirtschaft.

Gemeinderat Heinrich Christ: In verschiedenen Städten heben Volkshochschulen das kulturelle Leben und das Bildungswesen in ihrer Region. Auch in Frauenfeld gibt es, wie ich hörte, private Bestrebungen zur Gründung einer Volkshochschule. Wie beurteilt der Stadtrat den kulturellen und sozialen Wert einer Volkshochschule für die Frauenfelder Bevölkerung? Wie würde der Stadtrat die Gründung und den Betrieb einer Volkshochschule unterstützen bezüglich Finanzen, personeller Unterstützung, Räumlichkeiten usw.?

Stadtpräsident Anders Stokholm: Die Volkshochschulbewegung kommt ja aus meinem Ursprungsland, aus Dänemark. Sie wurde dort im 19. Jahrhundert von einem Herrn Grundtvig gegründet und zog ihre Kreise. Hier in Frauenfeld war ein Bürger in dieser Bewegung sehr aktiv, nämlich Fritz Wartenweiler. Ich hatte ihn als kleinen Jungen noch kennengelernt. Mein Vater war Leiter des dänischen Instituts und hielt immer wieder Volkshochschulvorträge, dort habe ich Fritz Wartenweiler noch persönlich kennengelernt mit seinem Ziegenrucksäckli, welches er immer mit sich trug. Sie merken die persönliche Verbundenheit zum Thema.

Auch der Stadtrat steht solchen Bewegungen natürlich positiv gegenüber im Sinne davon, dass wir das eine gute Initiative finden. Wir wissen aber auch aus der Vergangenheit, dass es in Frauenfeld schon einmal eine Volkshochschule gab und dass diese dann offenbar nicht zum Laufen kam oder nicht mehr so lief, wie man sich das damals vorgestellt hatte. Das gilt es zu bedenken. Es gibt andere Gemeinden, da läuft es gut. Steckborn nehme ich als Beispiel, hat eine sehr aktive Volkshochschule. Ich denke, es kommt sehr auf die Leute an, die dahinterstehen. Das ist das Entscheidende. Nicht ob die Stadt dahintersteht, sondern ob die Personen, die die Initiative ergreifen, das auch hinaustragen und andere anstecken. Als Stadt sehen wir diese Volkshochschule nicht als unsere zentrale Aufgabe. Wir sehen da eher Konnexen zur Schule oder Kantonsschule, vor allem auch, was die Räumlichkeiten betrifft, die eine Volkshochschule benötigen würde. Die Schulen sind ja tendenziell am Abend nicht so stark genutzt wie tagsüber, es wäre eine Möglichkeit, dort anzudocken.

Punktuell kann sich die Stadt natürlich mit Referenten zur Verfügung stellen und dort mitarbeiten. Aus dieser aufgelösten Volkshochschule gibt es noch einen Betrag in der Stadtrechnung von rund 30'000 Franken, der Betrag würde dann zu einem ähnlichen Zweck einzusetzen sein, wenn also eine solche Volkshochschule gegründet werden würde. Dann wäre seitens Stadtrat zu prüfen, ob diese Mittel dort einfließen können.

Gemeinderat Benjamin Stricker: Sonne über Frauenfeld herrscht seit ihrer Einführung. Die Begegnungszone Frauenfelder Innenstadt funktioniert. Seit dem Start des Testbetriebs im Mai 2015 ist die Altstadt ein aufblühender Treffpunkt für Jung und Alt geworden, ein Ort zum Verweilen, insbesondere am Samstagmorgen. Zu diesem Erfolg beigetragen hat der vereinte Tatenrang von Stadt, Gewerbe und Gastronomie. Und ich gestehe es ein, das ist der Hauptzweck meiner Frage, dafür möchte ich den motivierten Verantwortlichen und Ausführenden meinen herzlichen Dank aussprechen und zum bisherigen Erfolg gratulieren. Meine Fragen: Wie gefällt dem Stadtrat die neue Welt in der alten Stadt? Und im Sinne einer Vorschau interessiert mich, welche Anlässe nebst dem Glühweinstand auf die Besucherinnen und Besucher in der Vorweihnachts- und Winterzeit warten.

Stadtpräsident Anders Stokholm: Sie erweisen sich nicht nur als weise, indem Sie Fragen stellen, sondern auch als klug, indem Sie selber Antworten geben. Zuerst auf meiner Antwort steht nämlich tatsächlich Glühweinstand. Diesen Teil der Antwort haben Sie mir also bereits abgenommen.

Wir haben Freude an der neuen Welt in der alten Stadt. Dieser Erfolg ist natürlich vor allem auch dem schönen Wetter geschuldet. Sonne über Frauenfeld im wahrsten Sinn des Wortes. Ich denke, das Wetter hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass die verschiedenen Feste und Anlässe, die in der Altstadt stattgefunden haben, auch geglückt sind. Aber selbstverständlich, wenn niemand aktiv geworden wäre, wäre auch kein Erfolg vorhanden. An dieser Stelle auch von meiner Seite allen Verantwortlichen ein herzliches Dankeschön.

Seitens der Stadt gibt es in der nächsten Zeit vor allem eine Sache, die zur Belebung und zur Weiterentwicklung der Altstadt beitragen wird, das ist die Weihnachtsbeleuchtung, die am 27. November neu eingerichtet wird und neu präsentiert wird. Ich verrate Ihnen da nicht mehr, als dass Sie einfach gespannt sein dürfen auf die neue Weihnachtsbeleuchtung, die die Altstadt bis 6. Januar erleuchten wird. Es gibt einen Eröffnungsanlass am 27. November. Es ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Gewerbe aufgegleist. Es gibt sogar Führungen durch diese neue Weihnachtsbeleuchtung und Einzelanlässe aus eigener Initiative seitens verschiedener Institutionen. Dann natürlich der Weihnachtsmarkt alljährlich wieder, so wie der Glühweinstand, der neu jetzt auch am Meitlibrunnen eingerichtet sein wird und der bis Ende Januar dort betrieben werden wird.

Dann ist, vorausgesetzt dass die katholische Kirchgemeinde dem Budget zustimmt, ein Umbau des Rüpplinschen Kaplanei mit einem Bistro geplant, was sicher auch Wesentliches beitragen wird. Am 7. Januar trifft sich IG Fit zu einem internen Neujahrsapéro und damit verbunden ist auch die Vernetzung und die Initiierung neuer Ideen und Veranstaltungen. IG Fit ist hier treibender Motor, die Stadt begleitet gern und intensiv diese Bemühungen und wird das auch weiterhin tun.

Nicht vergessen dürfen wir natürlich die 5. Jahreszeit, die Fasnacht, die auch in der Innenstadt stattfinden wird. Ich bitte Sie, sich dann an das Motto zu halten, vor allem all jene, die dieses Kleidungsstück heute nicht anhaben, Krawattenpflicht herrscht dann. Die einen können besser damit leben als die anderen. Ich hoffe auf 25 Grad oder wärmere Temperaturen.

Gemeinderat Fredi Marty: Im Vorfeld der Nationalratswahlen 2015 fuhr der Stadtbus Frauenfeld während Wochen das Konterfei von SVP-Nationalrätin Verena Herzog samt ihrem Wahlslogan spazieren. Stört mich überhaupt nicht, dass Frau Herzog wiedergewählt worden ist. Mich würde jedoch interessieren:

1. Ist der Aufwand für unseren luxuriösen Stadtbusbetrieb so gross geworden, dass dieser auf Werbeeinnahmen aus dem Wahlkampf von Politikerinnen und Politikern angewiesen ist?
2. Zu welchen Bedingungen darf jemand Wahlwerbung mit dem Stadtbus Frauenfeld machen? Ich frage nach den Kosten, nach der Werbefläche, Fristen, die eingehalten werden müssen, die Reihenfolge möglicher Interessenten und schliesslich auch aus welchem Wahlkreis. Stehen diese Bedingungen im Einklang mit Art. 5 des Reklamereglements der Stadt, wo ja bewegliche Reklamen geregelt sind?
3. Wie hoch sind die Einnahmen aus der Wahlkampfwerbung von Nationalrätin Verena Herzog?
4. Wurden solche Erträge für das Jahr 2015 budgetiert und wenn ja, in welcher Höhe?
5. Welche Regeln bestehen im Hinblick auf die Grossratswahlen 2016 sowie auf die Gemeinderatswahlen 2019?

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung meiner Fragen.

Stadtrat Urs Müller: Die Werbeflächen des Stadtbusses werden seit Jahren durch die Firma APG bewirtschaftet. Sogenannte Traffic Boards sind beim Stadtbus nichts Neues und in der ganzen Schweiz üblich. Der Stadtbus Frauenfeld ist am Umsatz der Werbeeinnahmen der APG beteiligt. Mit Entscheid aus dem Jahr 2012 hält das Bundesgericht fest, dass die SBB und so sinngemäss sämtliche öffentliche Verkehrsunternehmen der Schweiz politische Werbung zulassen müssen. Das Reklamereglement der Stadt Frauenfeld bezieht sich auf Reklameanlagen. Der Stadtbus ist keine fixe Anlage in diesem Sinn, ansonsten müssten sämtliche Fahrzeuge auf den Frauenfelder Strassen diesem Reglement entsprechen.

Beim konkret angesprochenen Fall bewegen sich die Einnahmen für die Stadt im vierstelligen Bereich. Im Jahr 2015 sind durch Werbeeinnahmen 70'000 Franken budgetiert. Die Summe bewegt sich in den letzten Jahren immer in ähnlicher Höhe. Diese Einnahmen setzen sich aus den gesamten Werbeeinnahmen zusammen. Einzelne Werbungen werden teilweise sehr kurzfristig gebucht und werden nicht einzeln budgetiert.

Für die kommenden Wahlen bestehen somit keine spezifischen Regeln. Die Buchung der Werbeflächen erfolgt via APG Traffic. Die genauen Bedingungen sind dort zu erfahren. Es gilt jedoch, "de Schneller isch de Gschwinder".

Ich hoffe somit, dass das besagte Konterfei Sie nicht von der Nutzung des Stadtbusses abgehalten hat.

Gemeinderätin Christa Zahnd: In letzter Zeit werden in Frauenfeld viele Parkplätze gestrichen. Das Postprovisorium steht auf dem Marktplatz, hinter dem Bahnhof wird gebaut, in der Altstadt und an der Rheinstrasse stehen auf einigen Parkplätzen Betonsockel, um nur einige Beispiele davon zu nennen. Wieso wurde das Postprovisorium auf dem Marktplatz und nicht im Burstel-park installiert? Wo sind zusätzliche öffentliche Parkplätze geplant? Gibt es eine Karte mit öffentlichen Parkplätzen des Frauenfelder Stadtgebiets? Falls nein, wäre der Stadtrat bereit, eine solche herzustellen und der Bevölkerung via Internet zur Verfügung zu stellen?

Stadtrat Urs Müller: Gerne nutze ich die Möglichkeit und gebe dabei auch eine Auskunft über die allgemeine Parkplatzsituation.

Für das Postprovisorium während des Umbaus der Hauptpost wurden verschiedene Standorte evaluiert. Schliesslich hat sich der Stadtrat aus verschiedenen Gründen für den jetzigen Standort auf dem Marktplatz entschieden. Der Burstelpark wurde ebenfalls geprüft. Was vor über 30 Jahren ging, war leider aufgrund diverser Anforderungen nicht mehr möglich. So vor allem aus Gründen der Erschliessung. Die Anlieferungen und Abtransporte müssen mit Lastwagen bewerkstelligt werden können, und der Schalterzugang muss invalidengängig sein. Zusätzlich konnte die 24 Stunden Brief- und Paketabholstelle an diesem Standort benutzerfreundlich eingerichtet werden. Für den Standort im Burstelpark hätten ebenfalls sechs bis acht öffentliche Parkplätze als Kundenplätze reserviert respektive von der Post gemietet werden müssen. Mit der aktuellen Lösung entfallen auf dem Marktplatz 28 Parkplätze.

Zusätzliche öffentliche Parkplätze wurden darauf durch den Werkhof auf dem unteren und oberen Mätteli durch eine Optimierung neu markiert.

Zur Planung: Bei grösseren Bauvorhaben wird jeweils auch geprüft, ob öffentliche Parkplätze erstellt werden können. Bei der Post waren wir in Abklärung, mussten aber einsehen, dass wegen des Baugrunds – es handelt sich dort um Fels – die Plätze zu teuer geworden wären. Bei der Planung eines Erweiterungsbaus hinter dem Regierungsgebäude haben wir unser Interesse angemeldet. Ich möchte an dieser Stelle auch nochmals an das Parkhaus Altstadt erinnern, wo netto 29 Parkplätze geschaffen wurden. Der Parkplatz Bahnhof Nord war seit jeher für diese Nutzung nur provisorisch bewilligt und nicht im Eigentum der Stadt, sondern im Eigentum der SBB. Die Grundwassersituation hat es leider nicht zugelassen, wirtschaftlich dort eine grössere, tiefere Garagierung zu erstellen. Für die Bauten selber wird dort eine Tiefgarage erstellt.

Auch informieren möchte ich bei dieser Gelegenheit mit Verweis auf die Motion Geuggis 2014 "Tagesparkieren in den Quartieren", dass wir mit dem Pilotprojekt Versuchsbetrieb Parkierungszone Kurzdorf am 10. August gestartet haben.

Nun noch zum Plan: Ein Plan mit öffentlichen Parkplätzen besteht seit Jahren und wird auch jeweils aktualisiert. Dieser ist im Internet auf der Startseite gleich rechts unter den Topthemen "Öffentliche Parkierungen" direkt zugänglich und am Infoschalter erhältlich.

Gemeinderat Heinrich Christ: Vielleicht zuerst eine Vorbemerkung: Wenn ich im Folgenden vom Stadtrat spreche, meine ich nicht einen bestimmten Stadtrat, sondern den Stadtrat als Gremium.

Es geht bei dieser Frage um den hinteren Badiparkplatz in der Stammerau. Ich beginne vor der Frage mit einer vielleicht etwas polemischen Feststellung. Derselbe Stadtrat, der sich öffentlich für eine Benachteiligung der Auswärtigen bei den Badipreisen starkgemacht hat, offeriert, wie ich feststellte, auswärtigen Berufspendlern am hinteren Badiparkplatz eine kostenlose Bleibe für ihr Auto. Das ist eine Einladung, das Auto statt den ÖV zu gebrauchen. Und daraus resultiert eine Belastung für unsere Bewohnerinnen und Bewohner Tag für Tag. Und nun die Frage: Wie gedenkt der Stadtrat, diesem Missstand Abhilfe zu schaffen?

Stadtrat Urs Müller: Als zuständiger Stadtrat antworte ich, aber selbstverständlich im Namen des Gremiums. Ich verweise nochmals auf das soeben genannte Pilotprojekt zur Parkierung im Kurzdorf. Damit wurde ein erster Schritt zu einem übergeordneten Parkierungskonzept versuchsweise umgesetzt. Dieses Parkierungskonzept sieht weitere Schritte vor und ist ebenfalls Thema im Mobilitätskonzept. So sollen, sofern sich das Pilotprojekt bewährt, auch in anderen durch Fremdparkierung belasteten Quartieren Massnahmen ergriffen werden.

Und zur konkreten Frage: Es ist vorgesehen, die zentrumsnahen Parkplätze wie der Badi, aber auch der Riegerholzparkplatz bei der Festhalle zu bewirtschaften.

Gemeinderat Peter Wildberger: Erstens die Frage der Öffnung des Fusswegs Gaswerk-/Industriestrasse für Velos: Velofahrende vom Bahnhof Lindenpark Richtung Industriestrasse müssen einen Umweg über den Parkplatz Ecke Industriestrasse/Gaswerkstrasse fahren. Diese Durchfahrt ist unübersichtlich und gefährlich, besonders seit der Parkplatz stärker frequentiert ist. Ist der Stadtrat bereit, den bestehenden Fussweg Gaswerkstrasse/Industriestrasse baulich anzupassen und für Velos zu öffnen? Das Umsteigen vom Auto aufs Velo, dem umweltfreundlichsten Verkehrsmittel, wird gefördert mit vielen kleinen Verbesserungen und Abkürzungen. Wenn Kurzdistancen in unserer Stadt vermehrt mit dem Velo gefahren würden, wären wir auf einen Schlag viele Verkehrs- und Parkierungsprobleme los.

Stadtrat Urs Müller: Sie sagen es schon selbst: Es müssten bauliche Anpassungen vorgenommen werden, denn die bestehende Fussgänger Verbindung zwischen der Industrie- und der Gaswerkstrasse ist mit einer Breite von ca. 1.50 Meter zu schmal ausgebildet für eine zusätzliche Fahrradnutzung. Zudem ist infolge der Linienführung wie auch des Bewuchses die Übersicht für eine gemeinsame Nutzung auch in den beiden Einmündungsbereichen leider nicht gegeben. Eine Öffnung auch für den Gegenverkehr würde einen Neubau mit entsprechenden Kosten auslösen. Und dabei denke ich, auf die angesprochenen Verbesserungen ist es wohl eine Frage der Priorisierung, was zuerst kommen soll. Wir haben ganz viele solche Stellen, die sicher verbessert werden können. Ich sehe hier jedoch keine oberste Priorität. Man kann, wenn man sich dieses Gebilde vor Augen hält, gut anders fahren. Jedoch im Rahmen einer Sanierung dieses Fusswegs kann es durchaus Sinn machen, dies dann zu prüfen. Da verwehren wir uns sicher nicht. Eine solche steht momentan nicht an. Zwischenzeitlich wird deshalb aufgrund der geringen Umwegfahrt für Radfahrende auf einen Neubau verzichtet.

Gemeinderat Peter Wildberger: Frage der Aufhebung der Veloparkplätze beim Cinema Luna während der Bauphase: Ab 20. November 2015 soll es während zwei Jahren keinen Veloparkplatz in Bahnhofnähe nördlich des Bahnhofs mehr geben. Wurden provisorische Zweiradabstellplätze zum Beispiel über dem Murgdamm auf dem Trottoir vor dem Haus Gaswerkstrasse 13 oder entlang des Verbindungswegs Gaswerkstrasse/Industriestrasse auf dem Areal der Werkbetriebe geprüft? Das Problem ist ja, es ist schon möglich, die Veloparkplätze südlich der Bahn zu benützen, aber die Unterführungen, Kreisel und Knotenpunkte Eisenwerkstrasse, Zeughausstrasse sind gefährlich und werden Leute abhalten, das Velo zu nutzen.

Stadtrat Urs Müller: Bei den vorbereitenden Sitzungen mit der Bauherrschaft wurden durch den Werkhof provisorische Veloparkplätze eingefordert. Jedoch nach der Überprüfung von möglichen Standorten ist der Werkhof zum Schluss gekommen, dass es die beste Variante ist, die Velos in den vorhandenen Abstellplätzen hinter dem P&R-Gebäude oder in der Velostation zu parkieren. Folgende Überlegungen führten dazu:

1. Es wären entlang der Bauwand nur wenige provisorische Veloständer möglich. Dies würde dazu führen, dass wegen zu wenig Plätzen rasch ein Chaos entsteht und die Velos wild ab-

gestellt würden. Das ist bekannt aus anderen Situationen. Dies wiederum würde den Fussgängerkehr behindern, und schliesslich ist, wenn Sie schon die Gefahren ansprechen, auch die Gefahr aufgrund des Baustellenverkehrs nicht zu vernachlässigen.

2. Ein Veloständer auf der nördlichen Murgseite ist für den grössten Teil der Veloparkierer zu weit entfernt und somit wenig praktikabel.
3. Das Areal der Werkbetriebe kann aus sicherheitstechnischen Gründen nicht der Öffentlichkeit so zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen uns dieser Sache aber nicht verschliessen. Der Werkhof wird die Veloparkierung und die Situation im Auge behalten und nötigenfalls reagieren. Zudem sollen die Veloständer auf der Nordseite entsprechend dem Bauverlauf so schnell wie möglich wieder freigegeben werden. Das heisst, allenfalls auch vor Beendigung des Baus.

Gemeinderat Ernst Rüsi: Vor einigen Monaten hat der Gemeinderat dem neuen Nutzungskonzept des Casinos zugestimmt. Wie ist der Stand der Umsetzung, unter anderem mit der Einstellung der neuen zuständigen Person, also der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters?

Stadtrat Ruedi Huber: Das durch den Gemeinderat abgeseignete Konzept Neuausrichtung Casino 2015+ wird ab 1. Januar 2016 plangemäss umgesetzt werden. Die Anpassung der Casinoverordnung und des Gebührentarifs ist abgeschlossen und vom Stadtrat abgeseignet. In Zukunft werden wie versprochen Veranstaltende die Caterer selbst bestimmen und Vereine selbst Getränke und Snacks verkaufen können. Die Stelle der Bereichsleitung Casino wurde öffentlich ausgeschrieben und per 1. Januar 2016 angestellt ist Frau Shariel Bachmann, welche zukünftig gemeinsam mit der Abteilungsleiterin Claudia Bühler für die Kunden des Casinos erste Ansprechpartnerin sein wird.

Shariel Bachmann arbeitet seit dem 1. Februar 2013 als Assistentin beim Amt für Stadtentwicklung und wird ab 2016 die Nachfolge des Pächterehepaars Weber antreten. Frau Bachmann hat in einem Industrieunternehmen eine kaufmännische Ausbildung absolviert inklusive Berufsmaturität, anschliessend war sie Projektleiterin und GL-Assistentin bei einer Softwarefirma. Shariel Bachmann verfügt auch über Gastroerfahrung und Eventerfahrung und wird im Frühjahr 2016 ihre nebenberufliche Weiterbildung zur Marketingfachfrau abschliessen. Bereits jetzt ist Frau Bachmann in die laufenden Prozesse eingebunden und wir sind überzeugt, dass wir die richtige Person gefunden haben. Das Amt für Freizeitanlagen und Sport wird alles daran setzen, dass der sehr gute Ruf des Casinos als Veranstaltungsort auch weiterhin erhalten bleibt.

Gemeinderat Peter Hausammann: Die Wärme Frauenfeld AG benutzt für ihre Wärmeleitungen städtisches Land. Offenbar bezahlt sie dafür nichts. Wie hoch ist der dadurch entstandene Einnahmeausfall für die Stadt in den Jahren 2015 bis 2024? Und wer hat wann diesen Einnahmeverzicht beschlossen?

Stadtrat Ruedi Huber: Ich habe das nochmals abklären lassen. Der grösste Teil der Leitungen der Wärme Frauenfeld AG verläuft, wie Sie gesagt haben, durch Land der armasuisse in Kantonsstrassen sowie durch private Grundstücke. Eine Abgeltung ist nicht üblich und es fehlt auch eine entsprechende rechtliche Grundlage. Weder Bund, Kanton noch Stadt verlangen eine Abgeltung von Durchleitungsrechten. Auch Swisscom, Cablecom, Solt, Stafag, EKT, Erdgas Ostschweiz AG, Axpo, AFI des Kantons, andere Frauenfelder Fernwärmeringe und der Abwasserverband zahlen keine Abgaben für die Benutzung des öffentlichen Untergrunds. Aus Sicht der Werkbetriebe und auch aus Sicht des Stadtrats musste soweit kein Einnahmeverzicht beschlossen werden. Entsprechend ist aus unserer Sicht auch kein Einnahmeausfall entstanden.

Gemeinderat Thomas Gemperle: Seit gut einem Jahr ist die Anlaufstelle für Alters- und Generationenfragen im Betrieb. Wie hoch ist die Anzahl der Anfragen an diese Stelle und entsprechen diese Zahlen den Erwartungen des Stadtrats?

Stadträtin Elsbeth Aepli: Vielen Dank für die Möglichkeit, hier kurz über die Anlaufstelle zu berichten und entsprechend Auskunft zu geben. Ich möchte vorneweg anmerken, dass die Aufgaben der Anlaufstelle für Alters- und Generationenfragen deutlich umfassender sind als die reine Auskunftserteilung. Koordinations-, Vernetzungs-, Öffentlichkeits-, Projektarbeiten bilden einen wichtigen Bestandteil. Verschiedene Rückmeldungen von Netzwerkpartnern, Auskunftsuchenden, Fachpersonen sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Veranstaltungen zeigen, dass die Anlaufstelle für die Frauenfelder Bevölkerung einen klaren Mehrwert schafft. Beispielsweise haben sich am von der Anlaufstelle organisierten Anlass Anfang Oktober 2015 über 120 Personen zum Thema Vorsorgeauftrag und Testament informieren lassen.

Die eigentlichen Anfragen an die Anlaufstelle gliedern sich in zwei Gruppen:

Einerseits direkte Anfragen am Schalter, am Telefon oder per E-Mail, und andererseits generelle Informationserteilung über die Homepage www.altersfreundliches-frauenfeld.ch, welche auch von der Anlaufstelle à jour gehalten wird.

Jeder Kontakt der ersten Gruppe wird erfasst und ausgewertet. Von August bis Dezember 2014 waren rund 50 Kontakte zu verzeichnen, und von Januar bis Oktober 2015 waren es rund 110 Kontakte. Die Bearbeitungszeit einer Anfrage dauerte von 15 Minuten bis zu drei Stunden. Damit eine effiziente und effektive Bearbeitung auch möglich ist, braucht es eben, wie ich eingangs gesagt habe, die Vernetzungs- und Informationsarbeit durch die Stellenleiterin.

Die zweite Gruppe ist die Homepage. Die Auswertung der Seitenaufrufe der Homepage zeigen einen regen Traffic auf dieser Homepage. Im Jahr 2015 wurden pro Monat 200 bis 1100 Einträge in die Homepage registriert, die zahlenmässigen Schwankungen haben vor allem mit dem Projekt AWIQ zu tun. Wenn zum Beispiel ein neuer Newsletter aufgeschaltet wird, ist der Traffic entsprechend höher, wobei auch gesagt werden muss, dass solche Zahlen über Homepages immer mit Vorsicht zu geniessen sind, denn ein Teil der Seitenaufrufe stammt bekanntlich von reinen Suchmaschinen, die im Hintergrund einem Aufruf generieren. Aber ganz offensichtlich wird die Homepage nicht nur von reinen Auskunftsuchenden, sondern auch von Projektteilnehmenden und Fachpersonen benutzt.

Es stimmt aber, dass die Kontaktaufnahmen mehr sein könnten. Das haben wir auch kürzlich entsprechend analysiert. Das Publikationspotenzial der Anlaufstelle ist noch nicht ausgeschöpft und man kann sie gut und gern weiter bekanntmachen.

Die finanziellen Mittel für entsprechende Werbemassnahmen sind jedoch nur sehr bescheiden vorhanden. Der Gemeinderat hat letztes Jahr bekanntlich im Projektbudget der Anlaufstelle 25'000 Franken gestrichen. Hinzu kommt, was fast noch schwerwiegender ist, dass wir eigentlich beabsichtigt hatten, im Infobulletin monatlich Publikationen der Anlaufstelle zu machen, die dann auch wegfielen, weil das Infobulletin eingestellt wurde. In dem Sinn muss ich sagen, unter den gegebenen Voraussetzungen hat die Anlaufstelle meine Erwartungen bis jetzt erfüllt und wir sind nun dran, auch mit dem neuen Amtsleiter seit September, die Werbung für die Anlaufstelle so kostengünstig wie möglich zu verstärken. Vor wenigen Tagen ist sogar die Frauenfelderwoche von sich aus auf uns zugekommen, dass sie eine regelmässige Berichterstattung von der Anlaufstelle wünschen. Das ist das Beste. Wenn man davon redet, kommt man auch vorbei

und erhält immer bessere Auskünfte. Ich danke daher Gemeinderat Gemperle für die heutige Möglichkeit für Gratiswerbung.

Gemeinderat Thomas Gemperle: Herzlichen Dank für die ausführliche Beantwortung der Frage. Ich hätte auch etwas naiv fragen können, wie hoch die Auslastung dieser Stelle ist. Doch bei staatlich oder öffentlich finanzierten Stellen glaube ich manchmal, die Antwort bereits zu wissen. Daher meine Anschlussfrage: Wie hoch oder welche Ziele hat der Stadtrat an diese Stelle gesetzt, damit sie erhalten bleibt? Meines Wissens ist sie ja befristet bewilligt worden. Was sind die Ziele des Stadtrats, was muss erreicht werden, damit die Stelle auch nachher noch erhalten bleibt?

Stadträtin Elsbeth Aepli: Aus dem Stegreif ist das schwierig zu sagen. Wenn ein Bedarf vorhanden ist, und den spüren wir am ehesten, wenn die Leute kommen, wenn wir mit Fachpersonen wie Spitex, Pflegeheimen etc. merken, dass diese Vernetzung auch sehr gewünscht wird, und wenn man merkt, dass der Wegfall wirklich bedauert würde. Wir sind nun auch dran, das zu evaluieren. Bis Ende 2016 ist die Anlaufstelle bewilligt, dann muss evaluiert werden, ob wirklich ein Bedarf da ist. Im ordentlichen Budget muss sie dann vom Gemeinderat bewilligt werden oder dann hören wir mit der Anlaufstelle wieder auf. Die fehlende Vernetzung ist das, was alle Organisationen so bemängeln. Es gibt so viel auf dem Platz Frauenfeld im Bereich Alter, man muss es aber wissen, damit man es nutzen kann. Wir können viel an Eigenverantwortung bei den älteren Personen und den Angehörigen stärken, wenn wir zeigen können, was vorhanden ist, damit man zu Hause älter werden kann.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Wer viel fragt, dem wird viel gesagt. Es gibt auch noch andere Aussagen dazu, aber ich hoffe im ersten Sinne, dass die Fragestellenden wie auch die Beantwortenden mit der Diskussion zufrieden sind. Natürlich stehen den Ratsmitgliedern für weitere Fragen die entsprechenden Abteilungen auch das ganze Jahr hindurch zur Verfügung.

Damit ist die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 9. Dezember 2015 um 16 Uhr statt. Das Haupttraktandum ist das Budget 2016 in der neuen Fassung gemäss HRM2.

Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit, die interessanten Fragen, dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung. Besten Dank der Stadtgärtnerei für den blumigen Rahmen, nicht zu vergessen auch Beat Dürger und Team für seine Unterstützung. Somit ist die Gemeinderatssitzung beendet. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

- - -

Schluss der Sitzung: 19.15 Uhr

* * *